

Protokoll
über die 42. Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und
Umlandbeziehungen am 08.10.2008

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046

Anwesenheit

Vorsitzender

Menzlin, Thoralf Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Pelzer, Karla SPD-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	Fraktion DIE LINKE
Nolte, Stephan	CDU-Fraktion und Liberale
Teubler, Ulrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vogel, Alexandra	CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Güll, Gerd	CDU-Fraktion und Liberale
Karkhof, Andre´	Fraktion Unabhängige Bürger

Verwaltung

Czerwonka, Frank
Rath, Torsten
Wollenteit, Hartmut

Leitung: Thoralf Menzlin

Schriftführer: Gabriele Schulz

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 17.09.2008 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 02242/2008
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 5.1. Förderrichtlinie für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 02101/2008
 - 5.2. Protestresolution der Stadtvertretung Schwerin gegen die Kürzung des Landesblindengeldes in Mecklenburg-Vorpommern
Vorlage: 02231/2008
6. Sonstiges
 - 6.1. Vorschlag Sitzungskalender für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2008

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Thoralf Menzlin, begrüßt die Sitzungsteilnehmer. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Tagesordnung wird bestätigt.

- zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 17.09.2008 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 17.09.2008 wird bestätigt.

- zu 3 Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Herr Wollenteit teilt mit, dass die Enquete-Kommission am 10.10.2008 erneut tagt.

Weiterhin berichtet er darüber, dass durch die kreisfreien Städte eine ergänzende Erklärung zu der im April d.J. an das Innenministerium gerichteten Erklärung erarbeitet wird. Diese erneute Erklärung soll die Geschehnisse der Zwischenzeit aufnehmen.

Ansonsten wird auf die Gesetzesvorlage gewartet, welche Herr Wollenteit bereits im September angekündigt hatte.

Eine Beschlussvorlage zum Thema BaföG ist ebenfalls in Arbeit.

Herr Wollenteit kündigt an, dass in der Dezernentenberatung entschieden worden ist, dass im Dienstgebäude Am Packhof ein Büro für E-Gouvernement eingerichtet wird.

- zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

- zu 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 02242/2008**

Bemerkungen:

Zur Einführung der Beschlussvorlage fand eine Präsentation für die Stadtvertreter und sachkundigen Einwohner statt. Hierbei war der Ausschuss durch seine Mitglieder sehr stark vertreten.

Es wird festgestellt, dass es für den Ausschuss Verwaltungsmodernisierung und Umweltbeziehungen keinen eigenen Unterabschnitt gibt. Über den finanziellen Stand der Kooperation wurde bereits in einer der Sitzungen zum Jahresanfang berichtet.

Da die Beratung zum Hpl-Entwurf 2009 in der nächsten Sitzung des Ausschusses fortgeführt werden soll, wird die ursprünglich für den 19.11.2008 vorgesehene Sitzung um eine Woche nach vorne auf den 12.11.2008 gezogen.

Beschluss:

Es erfolgt eine Wiedervorlage in der nächsten ordentlichen Sitzung am 12.11.2008.

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Förderrichtlinie für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 02101/2008**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende erteilt dem Leiter des RPA, Herrn Rath das Wort. Herr Rath legt den Standpunkt des Rechnungsprüfungsamtes dar (Zuarbeit in der Anlage zum Protokoll). Er berichtet über die Erfahrungen über den Umgang mit Verwendungsnachweisen. Das RPA ist zur Prüfung der Verwendungsnachweise verpflichtet soweit es sich um Fördermittel des Bundes und des Landes handelt. Das RPA gibt die Empfehlung, dass sich die Landeshauptstadt selbst eine Förderrichtlinie geben soll, vor allem um inhaltliche Regelungen zu treffen und eine hohe Transparenz zu erreichen. Überlegenswert wären eine allgemeine wie auch spezielle Richtlinien. Es erscheint sinnvoll, in speziellen Bereichen (z.B. Kulturbereich) auch spezielle Förderrichtlinien zu treffen.

In der Diskussion wird darauf verwiesen, dass die Verwaltung zur heutigen Sitzung darlegen wollte, für welche Bereiche Förderrichtlinien bestehen. Herr Wollenteit antwortet, dass sowohl im Sport- als auch im Kulturbereich Entwürfe vorliegen.

Der Ausschuss nimmt diese Information zur Kenntnis und bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung um Beantwortung der Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion und Liberale.

Herr Wollenteit kündigt zu diesem Thema eine Beschlussvorlage an, in welcher auch Alternativen dargestellt werden. In Abstimmung mit dem allgemeinen Regelwerk können dann sukzessive für die einzelnen Fachbereiche spezielle Förderrichtlinien erarbeitet werden.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, dass der Ausschuss für Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen federführend zu diesem Antrag berät. Der Finanzausschuss wird dazu in seiner morgigen Sitzung beraten.

Der Antragsteller gibt außerdem die Anregung, dass eine Verständigung der Städte (z.B. Rostock) untereinander erfolgen könnte.

In der weiteren Diskussion wird aber auch davor gewarnt, dass man sich mit einer solchen Richtlinie bindet.

Herr Rath fasst noch einmal zusammen, dass in einer allgemeinen Richtlinie geregelt werden könnte:

- das Verfahren
- die grundsätzlichen Voraussetzungen
- Regelungen für die Auszahlung / Abrechnung.

In speziellen Richtlinien gibt es dann Regelungen zu Folgendem:

- Was wird gefördert?
- Warum wird gefördert?

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass Beratungsbedarf angezeigt wird.

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt auf die nächste ordentliche Sitzung am 12.11.2008.

**zu 5.2 Protestresolution der Stadtvertretung Schwerin gegen die Kürzung des Landesblindengeldes in Mecklenburg-Vorpommern
Vorlage: 02231/2008**

Bemerkungen:

In der Diskussion wird darauf verwiesen, dass Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich mit das höchste Landesblindengeld zahlt. Von Ausschussmitgliedern wird angemerkt, dass auch tatsächlich nur bedürftige sehbehinderte Menschen in den Genuss des Landesblindengeldes kommen sollten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen stimmt dem Beschlussvorschlag

„Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin protestiert gegen die geplante Kürzung des Landesblindengeldes und fordert die Abgeordneten des Landtages auf, sich dieser Resolution anzuschließen und gegen diese Kürzung zu stimmen.“

einstimmig zu und empfiehlt der Stadtvertretung die Beschlussfassung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6 Sonstiges

zu 6.1 Vorschlag Sitzungskalender für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2008

Beschluss:

Dem vorgelegten Entwurf Sitzungskalender für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2009 wird zugestimmt.

gez. Thoralf Menzlin

Vorsitzende/r

gez. Gabriele Schulz

Protokollführer